

Ressort: Auto/Motor

Landespolitiker wehren sich gegen Straßen-Privatisierung

Berlin, 15.05.2015, 16:00 Uhr

GDN - Mehrere Bundesländer wehren sich gegen Pläne der Regierung, Verkehrsinfrastrukturgesellschaften für Bund und Kommunen zu gründen. Die Gesellschaften wären für den Straßenbau und -betrieb zuständig.

Die Finanzierung soll unter anderem über Mautgebühren und öffentliche Fonds, an denen sich auch Versicherungen beteiligen könnten, erfolgen. "Die verkorkste Bahnprivatisierung müsste uns Warnung genug sein", sagt NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) dem "Spiegel". Er fürchtet eine "Filetierung des Straßennetzes", da sich private Geldgeber die lukrativsten Strecken herausuchten; Gebühren- und Steuerzahler hätten die Renditen der Investoren sicherzustellen. Groschek plädiert dafür, die öffentliche Infrastruktur überwiegend aus Steuermitteln zu finanzieren. Auf seinen Vorschlag soll Exbundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) zwischen Bund und Ländern vermitteln, um bis zur nächsten Verkehrsministerkonferenz in fünf Monaten eine Einigung zu erzielen. Neben vielen Gewerkschaften stehen auch Baden-Württemberg und Niedersachsen dem Vorhaben kritisch gegenüber.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-54625/landespolitiker-wehren-sich-gegen-strassen-privatisierung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619